

Die Schweiz braucht eine Europapolitik, die diesen Namen auch verdient.

Anlässlich ihrer Generalversammlung vom 8. Mai 2010 sind die Mitglieder der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) zu folgenden Feststellungen gelangt:

Die Europäische Union entwickelt sich weiter

- Die EU entwickelt sich laufend weiter, erfolgreiche und schwierige Phasen wechseln sich ab. Nach der Integration von Ländern Süd- und Osteuropas zählt sie heute 27 Mitgliedsstaaten.
 - Mit der EU-Erweiterung wurden auch die Institutionen weiterentwickelt. Der Vertrag von Lissabon hat die Kompetenzen des Europäischen Parlaments wesentlich erweitert.
 - Die EU ist gezwungen, die Positionen ihrer Mitglieder und der Instanzen aufeinander abzustimmen. Sie kann der Schweiz künftig keine massgeschneiderten Lösungen mehr anbieten kann.
- » Daher beschränken sich die bilateralen Verhandlungen lediglich auf Fragen von Fristen und Abläufen und laufen zusehends auf eine blosser Übernahme des Acquis communautaire hinaus.

Die Integration der Schweiz

- Die Schweiz ist zugleich immer enger mit der EU verflochten.
 - Mit dem Schengen-Abkommen, der Personenfreizügigkeit, mehr als 120 sektoriellen Abkommen und dem systematischen Nachvollzug von europäischem Recht verbindet sich die Schweiz immer enger mit der Institution, welcher sie aus dem Wege zu gehen vorgibt.
 - Die Schweiz ist teilweise weiter in die EU integriert als gewisse Mitgliedsstaaten.
 - Dennoch ist die Schweiz in den Entscheidungsgremien nicht vertreten und Diskussionen über die Normen, welche sie schliesslich umsetzt, gehen an ihr vorbei.
- » Der Status der Schweiz als Passivmitglied wird dadurch tagtäglich verstärkt.

Die Isolation der Schweiz

- Der Schweiz wurde ihre Isolation schmerzhaft vor Augen geführt: Es ist heutzutage nicht mehr möglich, in der Wirtschaft global tätig zu sein und Politik lokal zu betreiben.
 - Im Moment der Wirtschaftskrise erarbeiten die Staaten einen proaktiven Multilateralismus, die Strategie des Alleingangs ergibt keinen Sinn mehr.
- » Der fehlende Zugang zu Informationen, Netzwerken, Einflusszentren und vor allem zu den Entscheidungsgremien ist zu einem immer gravierenderen und dringlichen Problem geworden.

Das Fehlen einer Europapolitik

- In diesem Zusammenhang haben sich die Optionen drastisch vermindert. Die Schweiz hat nur noch die Wahl zwischen dem unbefriedigenden Status quo, welcher zu einer gefährlichen Illusion von Souveränität führt, und einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.
 - Der bilaterale Weg ist eine Sackgasse, der die Schweiz auf einen unwürdigen Satellitenstatus mit einer passiven Übernahme des Acquis communautaire reduziert.
 - Diese Politik des Nachvollzugs benachteiligt alle Institutionen der Schweiz. Insbesondere die Kantone sind oft dazu angehalten, Recht umzusetzen, das eine blosser Kopie von EU Recht ist.
- » Daher muss sich die Schweiz eine wirkliche und glaubwürdige Europapolitik geben, welche es ihr erlaubt, die Isolation zu beenden, ihre Position in einer globalisierten Welt zu festigen und von einem Satellitenstaat zu einem Mitentscheider zu werden.

Angesichts dieser Feststellungen beschliesst die Generalversammlung der Nebs folgende Resolution:

Die Nebs,

- 1. fordert den Bundesrat auf, seine europapolitische Position ohne weitere Verzögerung und mit der angemessenen Weitsicht neu zu bewerten, wie dies im Postulat Markwalder verlangt wird. Dabei muss er in seine Analysen das absehbare Ende der bilateralen Ära einbeziehen.**
- 2. ruft den Bundesrat auf, eine glaubwürdige Europapolitik zu definieren. Diese soll auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zielen, um damit die Souveränität der Schweiz zu gewährleisten. Er soll sicherzustellen, dass die Schweiz ihre Interessen in den Institutionen der EU als aktives Mitglied und mit vollem Stimmrecht vertreten kann.**
- 3. verlangt vom Bundesrat eine aktive Kommunikationstrategie. Er soll den Bürgerinnen und Bürgern den Unterschied zwischen einer scheinbaren Souveränität aufzeigen, die eine Konsequenz der Isolation darstellt, und einer wahren Souveränität, die durch eine aktive Teilnahme auf der europäischen Ebene gewährleistet wird.**
- 4. fordert das Parlament auf, angesichts des neuen nationalen und internationalen Kontexts endlich eine Europadebatte zu führen und der unhaltbaren Isolation der Schweiz ein Ende zu bereiten.**
- 5. ermuntert die Kantone, eine weitere Satellisierung der Schweiz nicht zu akzeptieren, die aus ihnen lediglich Ausführende von kopiertem europäischem Recht macht.**
- 6. ermutigt die Wirtschafts-Verantwortlichen, eine offene, tolerante und zukunftsgerichtete Schweiz zu fördern, die ihren Status als Passivmitglied der EU ablegt und sich nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch in Europa integriert.**
- 7. fordert die Zivilgesellschaft, die Vereine und Verbände sowie die Kulturschaffenden auf, sich dafür einzusetzen, dass die Schweiz zu einem Akteur auf ihrem eigenen Kontinent und schliesslich zu einem Mitglied der EU wird.**